

Frido Pflüger SJ

P. Frido Pflüger SJ ist Direktor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes Deutschland. Zuvor war er mehrere Jahre Regionaldirektor des Flüchtlingsdienstes in Ostafrika.



Frido Pflüger SJ

„Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen.“

Ein Appell für ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – für alle, die sich ihm anvertrauen

Als Organisation, die einzelne Flüchtlinge begleitet und berät und ebenfalls auf der politischen Ebene aktiv ist, hat der Jesuiten-Flüchtlingsdienst täglich mit zwei völlig unterschiedlichen Perspektiven zu tun: Mit der Sehnsucht der Flüchtlinge, die sich ein normales Leben in Frieden wünschen, und mit den Gesetzen und Regelungen, mit denen sie dabei konfrontiert sind. Aus der christlichen Perspektive wäre es einfach, beides zu vereinen: „Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen.“ Aber in der Politik sind wir davon weit entfernt – weiter als in vielen Kirchengemeinden. Die Auseinandersetzung um die Berechtigung des Kir-

chenasyls, die von einigen Politikern zwischenzeitlich mit recht schrillen Tönen geführt wurde, macht ebenfalls deutlich, dass gesetzliche Rahmenbedingungen und die Bedürfnisse der Schutzsuchenden auseinanderklaffen. Auf welchen unausgesprochenen Vorannahmen beruhen unsere Entscheidungen, wer hier leben darf? „Ich möchte hier wohnen und arbeiten. Ich finde es schön, dass es hier so friedlich ist.“ Aus dem Mund eines jungen deutschen Berufsanfängers, der gern in Böblingen oder Berlin bleiben möchte, wäre das doch ein sehr bescheidener Wunsch! Wenn aber ein junger Mensch aus Afrika dasselbe über Böblingen

oder Berlin sagt, kommt es vor, dass ein Politiker mit Hinweis auf die gültigen Gesetze kontert, ein solcher Wunsch sei mit der Rechtslage unvereinbar und der Rechtsstaat sei nicht verhandelbar (oder gar erpressbar). Ist dieser Wunsch, der gerade noch bescheiden schien, wirklich so unverschämt? Und ist er für uns wirklich so bedrohlich, wie es uns manche glauben machen wollen?

Täglich umgeben uns (zumeist: negative) Nachrichten über steigende Flüchtlingszahlen und überforderte Kommunen. Erst kürzlich haben wir unser Asylrecht weiter verschärft, um zu verhindern, dass sich Roma aus dem Westbalkan darauf berufen können. Nach Angaben des Flüchtlingswerks der Vereinten Nationen sind derzeit so viele Menschen weltweit auf der Flucht wie seit Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr: 51 Millionen Flüchtlinge, von denen rund 17 Millionen gezwungen waren, außerhalb ihres Heimatlandes Zuflucht zu suchen. Dass sich diese dramatische Steigerung auch auf Deutschland und Europa auswirkt, ist nicht überraschend. Überraschend ist jedoch, in welchem geringen Maße Menschen überhaupt nach Europa kommen. Die weitaus meisten Menschen werden von Ländern aufgenommen, die sehr viel ärmer sind als die europäischen: Weniger als ein Prozent der Flüchtlinge auf der Welt kamen 2014 nach Europa.

Im Jahr 2014 zählte das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 173.000 Erstanträge auf Asyl. Während der Libanon mehr als einer Million syrischer Flüchtlinge Zuflucht geboten hat, sind seit 2011 nur etwa 79.000 Syrer in Deutschland aufgenommen worden. Immer wieder kontaktieren uns verzweifelte Angehörige, für

deren Familie es keinen legalen Fluchtweg nach Deutschland gibt – auch nicht, wenn sie es schon aus Syrien hinaus geschafft haben. Auch aus der Türkei oder Ungarn führt so gut wie kein legaler Weg nach Deutschland.

Erstaunlich ist weniger, dass mehr Flüchtlinge nach Deutschland kommen, sondern, dass es über einen langen Zeitraum so wenige waren. Ursächlich für den jahrelangen Rückgang der Asylanträge trotz gleichbleibender oder sogar steigender Not ist eine europarechtliche Absprache. Wo ein Flüchtling Europa erstmals betritt, dort muss er sein Asylverfahren führen. In vielen Fällen hat sich die Zuständigkeit mit einem Blick in die Fingerabdruck-Datei erledigt: Laut Bundesamt wurden 2014 rund 40% der Anträge „formell entschieden“, das heißt, die Zuständigkeit abgelehnt.

Was das bedeutet, erfahren die Seelsorger des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes bei ihren regelmäßigen Besuchen in der Abschiebungshaft. Dort haben sie in den vergangenen Jahren unzählige Kriegsflüchtlinge getroffen. Ein syrisches Geschwisterpaar hatte sich auf eigene Faust nach Deutschland durchgeschlagen, weil sie hier Verwandte haben. Von der Bundespolizei wurden sie aufgegriffen, die Fingerabdrücke wiesen nach Bulgarien, daraufhin wurden sie beide in Abschiebungshaft genommen. Die junge Frau, die sich schon in Sicherheit wähnte, erlitt einen Nervenzusammenbruch in der Haft, sie wurde in eine psychiatrische Klinik gebracht. In der Zwischenzeit wurde ihr Bruder allein nach Bulgarien abgeschoben. Falls er in Bulgarien Asyl erhält, muss er auch danach dort bleiben. Ist das wirklich das Flüchtlingsrecht, das wir uns wünschen?

Dieselbe Regelung führt dazu, dass die EU-Staaten an den Außengrenzen überlastet sind – und sie führt inzwischen dazu, dass einige dieser Länder die Regelung bewusst unterlaufen. Italien hat z.B. aufgehört, Fingerabdrücke von Asylsuchenden zu nehmen, so dass es nicht mehr nachweisbar ist, welcher EU-Staat für sie zuständig ist. Viele der sogenannten „Lampedusa-Flüchtlinge“ in Hamburg oder Berlin haben ihr Asylverfahren in Italien positiv abgeschlossen, sie haben eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis, danach aber waren sie der Obdachlosigkeit preisgegeben. Zehntausende Flüchtlinge leben ohne Schutz, Geld und Perspektive auf der Straße. Ob sie das Rom oder in Frankfurt tun, macht für sie wenig Unterschied. Für uns schon: Das Elend in Italien können wir leichter ignorieren. Der Jesuiten-Flüchtlingsdienst spricht mit vielen Flüchtlingen in der Abschiebungshaft, hat zwischen Flüchtlingen und Senat am Berliner Oranienplatz zu vermitteln versucht und hat im vergangenen Jahr rund 70 Kirchenasyle in Bayern mit Rat und Geld unterstützt. Allzuoft begegnen wir Menschen, die Furchtbares erlebt haben, bevor sie nach Europa gekommen sind – und die dann in Europa noch ein jahrelanges Martyrium erleiden. Manchmal denke ich, wer ein bestimmtes Maß an Leiden und Verzweiflung dann auch noch in Europa erlitten hat, der sollte schon dafür hierbleiben dürfen und die Sicherheit finden, nach der er sich so sehnt. Und so denken übrigens immer mehr Menschen in Gemeinden, die sich zum schweren Schritt des Kirchenasyls entschließen. Die Frage, warum jemand aus der Heimat geflohen ist, wird in der Praxis des Helfens zunehmend überla-

gert von dem Entsetzen über das, was Menschen auf ihrer Flucht durch Europa erduldet haben.

Die Flüchtlinge, die uns erstaunt und verstört fragen, warum wir sie wie Verbrecher behandeln, halten uns Europäern einen Spiegel vor. „Ich dachte, in Deutschland werden meine Rechte respektiert. Meine Familie hat mich hierhergeschickt, damit ich hier in Frieden mein Leben führen kann, ich möchte gern eine Ausbildung machen und arbeiten“, hat uns ein Jugendlicher in der Abschiebungshaft erzählt, der schon eine jahrelange Odyssee durch Europa hinter sich hatte. „Aber wir haben uns geirrt. Europa respektiert unsere Rechte nicht. Europa führt einen Krieg gegen uns Flüchtlinge und Migranten.“

In der Abschiebungshaft oder im Kirchenasyl sprechen wir mit Menschen, die die Sahara und das Mittelmeer überlebt haben, die von dem Katzenfutter gelebt haben, das Touristen auf die Straße stellten, die Misshandlungen und Inhaftierung überlebt haben, die gehungert haben – mitten unter uns. Wir hören erschütternde Schilderungen von Menschen, die einen Traum hatten: Europa. Dieser Traum ist nicht materiell. Sie erinnern uns an das Versprechen, das Europa auch sich selbst gegeben hat: „Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ zu sein. Weil wir Menschenrechte respektieren, deshalb fliehen Menschen nach Europa. Und nicht nach China oder in den Iran. Denn warum kommen Menschen nach Europa? In all den Jahren, zuvor als Regionaldirektor des Jesuiten-Flüchtlingsdienstes in Ostafrika und jetzt hier, ist mir nicht ein Flüchtling begegnet, der wegen ein bisschen Geld geflohen wäre. Es gibt viele verschiedene Gründe,

warum Menschen ihre Heimat verlassen. Aber sie tun es nicht leichten Herzens. Niemand verlässt seine Familie, sein Zuhause, die Gräber seiner Ahnen und seine religiöse Gemeinschaft für ein paar Euro. (Das gilt übrigens auch für die stets des „Missbrauchs“ verdächtigten Roma. Sie kommen nicht, weil es in unseren Fußgängerzonen so schön wäre, sondern weil es für viele Zuhause unerträglich ist.) Wer von uns würde Heimat, Familie, Sprache, Wohnung und Nachbarn verlassen, um in der Fremde untätig herumzusitzen und in einer aufgezwungenen Abhängigkeit von Sozialleistungen dahinzuvegetieren? Niemand. Und doch schreit uns diese welt- und lebensferne Unterstellung aus unzähligen Schlagzeilen an, und keineswegs nur in Boulevardblättern.

Aber auch, wer das Asylverfahren in Deutschland führen kann – zum Beispiel, weil er im Kirchenasyl ausharrte, bis Deutschland von seinem Selbsteintrittsrecht Gebrauch macht – oder später zumindest geduldet wird, bleibt zum Leben in der Warteschleife und zur Untätigkeit verurteilt, dafür sorgen die Residenzpflicht – die in Form von Wohnsitzauflagen auch künftig im Kern erhalten bleibt –, Arbeitsverbote und immense bürokratische Hürden für Arbeitgeber. Es ist, als würden wir alles wegwerfen, was uns ein Freund mitgebracht hat, und ihm dann vorwerfen, dass er uns ausnutzt.

„Wir mussten fliehen, weil wir die Demokratie lieben. Wir sind Demokraten! Genau deshalb sind wir hier. Warum werden wir wie Verbrecher und Terroristen behandelt?“, fragt ein junger Mann, der aus einer Diktatur geflohen ist. „Warum werden wir jeden Tag behandelt, als wären wir weniger wert,

weil unsere Haut schwarz ist? Unser Blut ist so rot wie eures. Warum dürfen wir nicht arbeiten? Warum müssen wir in den Flüchtlingslagern ausharren, in zu engen Räumen – das gibt Konflikte. Wir dürfen nichts anderes tun als nur essen und schlafen, essen und schlafen – jahrelang. Wir wollen doch leben, wir wollen etwas einbringen, warum verbietet ihr uns sogar, die Talente zu nutzen, die wir schon mitbringen?“

Autoreninfo

Kontaktdaten zum Autor finden Sie in der Druckausgabe

Wie groß die Verzweiflung ist, zeigen die Formen des Protests. Hungerstreik ist eine radikale, eine verzweifelte Form des Protests, aber keine, die anderen Menschen Gewalt antut. Die Flüchtlingsproteste, die jetzt von Bayern bis Hamburg und Berlin gehen, kontrastieren das Europa, das wir sein wollten mit dem, das wir geworden sind. Sie zwingen uns, das Europa anzusehen, mit dem Flüchtlinge konfrontiert sind.

Einige der Fragen, die uns die protestierenden Flüchtlinge stellen, betreffen uns als Einzelne ebenso wie unsere Gesellschaft:

- Warum wollt ihr unbedingt verhindern, dass ich komme?
- Warum seid ihr davon überzeugt, dass ich komme, um euch etwas wegzunehmen? Warum verbietet ihr mir lieber, meine Talente einzubringen, als sie zum Gewinn für alle zu nutzen?

- Warum wollt ihr nicht, dass ich bleibe?
 - Wovor habt ihr eigentlich Angst?
- Angesichts der wohl noch Jahre andauernden Konflikte im Nahen Osten und am Horn von Afrika, im Kongo und in Zentralafrika, des Massensterbens im Mittelmeer, unmenschlicher Lebensbedingungen für Flüchtlinge in Europa, und Plänen des Innenministeriums, in Zukunft womöglich mehr Asylsuchende inhaftieren zu können, stellen uns diejenigen, die es hierher schaffen, noch eine andere Frage:
- Woher nehmt ihr das Recht, uns zu verbieten, was ihr so selbstverständlich für euch in Anspruch nehmt: Hier in Frieden zu leben – während Ihr es gleichzeitig ganz selbstverständlich findet, in ein anderes Land zu ziehen, wenn es Euch gefällt?

Ich fürchte, wir nehmen uns dieses Recht nur deshalb, weil wir können. Dieses Recht verteidigen wir, auch wenn wir dafür eine historische Amnesie in Kauf nehmen müssen. Ein Beispiel ist der jüngste Bundesratsentschluss zum Asylrecht, der Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina zu sicheren Herkunftsländern erklärt hat. Tatsächlich sieht das Asylrecht infolge einer EU-Richtlinie seit Dezember 2013 auch in Deutschland vor, dass auch diejenigen Schutz erhalten, die durch eine Vielzahl von Diskriminierungen unter einer schweren Menschenrechtsverletzung leiden. In Deutschland haben wir dieses Recht in der bisherigen Rechtssprechungspraxis fast durchgängig ignoriert: Roma, die von einer alle Lebensbereiche erfassenden Diskriminierung ihrer Ethnie fliehen, hätten dadurch einen Schutzanspruch gehabt. Ihretwegen haben wir jetzt unser Asylrecht geän-

dert. Wir haben ein Menschenrecht der politischen Beliebigkeit geopfert – und das wegen ein paar Zehntausend Anträgen aus Serbien im Jahr 2014.

Ähnlich ahistorisch verhalten wir uns gegenüber den Menschen, die zu uns fliehen, weil koloniale Unterdrückung und Entscheidungen von damals bis heute einen blutigen Tribut fordern. Wir ignorieren häufig, dass viele dieser Flüchtlinge vor Waffen fliehen, die in Deutschland hergestellt wurden und die Teil unseres Wohlstands sind. Gleiches gilt für eine selbstbezogene Handelspolitik – die Fischereirechte seien als beliebiges Beispiel genannt –, die Menschen außerhalb der EU zugunsten unsers Wohlstands die existenzielle Lebensgrundlage entzieht – Menschen, die wir dann als „Wirtschaftsflüchtlinge“ diffamieren, für die wir nicht zuständig seien.

Was wir uns als Leitlinie unserer Gesetzgebung wünschen, haben wir ins Grundgesetz geschrieben – ein Text, dessen Schönheit Navid Kermani, dessen Eltern aus dem Iran kamen, kürzlich gewürdigt hat. „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Ein gutes Ziel! Es verspricht die Gleichwertigkeit aller Menschen. Betrachten wir jedoch die Vorschriften, mit denen wir Flüchtlinge maßregeln, sind sie getragen von Abwertung, Abwehr und Angst – drei Triebkräften des Rassismus. Solche Gesetze kommen auch deshalb zustande, weil Flüchtlinge keine Stimme haben, wenn Flüchtlingsrecht kodifiziert wird. Es gibt wohl kaum einen Bereich, in dem das nackte Recht des Stärkeren deutlicher zum Tragen kommt als hier. Die Flüchtlinge, die uns mit Hilfe von



Hungerstreiks zwingen wollen, uns mit der europäischen Wirklichkeit auseinanderzusetzen, erinnern uns daran, was Europa sein wollte. Es ist übrigens keine naive Träumerei, sondern unsere Realität, dass die Zeit vorbei ist, in der Politik in der Übersichtlichkeit der eigenen Grenzen stattfand. Längst lässt sich das Finanz- und Wirtschaftswesen nicht mehr nationalstaatlich regeln, es übersteigt auch Europa. Auf Dauer werden wir unsere Privilegien nicht auf Kosten Dritter sichern und uns zugleich gegen das mitverschuldete Elend abschotten können – auch wenn wir gerade heute im wortwörtlichen Sinne dabei sind, die Gräben um Europa noch tiefer und die Stacheldrahtzäune noch höher zu ziehen. Zeitgemäße Politik wäre eine Politik, die angesichts der globalisierten Welt auch das „Weltwohl“ im Blick hat: Gut gehen kann es uns auf Dauer nur, wenn es allen gut geht.

Von unserem reichen und einflussreichen Land würde ich mir wünschen, dass wir nicht nur das Minimum tun – selbst das bleiben wir derzeit schuldig – sondern nach dem *magis* streben, nach dem „Mehr“. Wir hätten die Möglichkeit supererogatorischen Handelns, wie es aus dem Beispiel des barmherzigen Samariters spricht: Er tut *mehr* als das, was der Anstand und die Mitmenschlichkeit gebieten, indem er den Verletzten am Wegesrand nicht nur unmittelbar versorgt und in die Herberge bringt, sondern auch die Übernahme eventuell anfallender Mehrkosten zugesagt, damit er ganz sicher gesund gepflegt wird. Wir wären in der Lage, Menschen nicht nur notdürftig aufzunehmen, sondern ihnen aufzuhelfen in ein neues Leben. Ich bin sicher, am Ende würden alle einen Gewinn davon

tragen – bei weitem nicht nur materiell. Bisher aber hasten wir zu oft an unseren Nächsten vorbei und setzen darauf, dass jemand anders (Ungarn, Malta oder Italien zum Beispiel) schon das Allernötigste tun werde.

Die Erfolge des Kirchenasyls im vergangenen Jahr zeigen doch zweierlei: Es geht nach unserer Erfahrung den Gemeinden, die einen Flüchtling oder eine Familie ins Kirchenasyl aufnehmen, nicht darum, das europäische Asylrecht zu bekämpfen. Es geht ihnen darum, die konkreten Menschen, zu denen sie eine Beziehung aufgebaut haben und deren Leid sie mitfühlen, zu schützen. Die Politik hat beklagt, dass die Zahl der Kirchenasyle so weit nach oben gegangen sei, und Missbrauch vermutet. Wir ziehen einen anderen Schluss: Die hohe Zahl der Kirchenasyle ist zum einen ein Zeichen für gelebte Nächstenliebe und gelebtes Evangelium. Auf der systemischen Ebene aber ist es auch ein Zeichen dafür, dass das europäische Asylrecht nicht einige wenige, sondern offenbar viele humanitäre Notlagen produziert. Wir müssen uns aber in der Tat fragen, ob ein Rechtssystem, das derart viele Härten und Leid verursacht, nicht dringend reformbedürftig ist. Wir denken, ja. Deshalb werden wir auch weiterhin durch Stellungnahmen und im Gespräch mit Politikern auf die Änderung des Asylsystems drängen – während wir gleichzeitig Gemeinden unterstützen, die einem ganz bestimmten Flüchtling ein weiteres Hin- und Hergeschiebe, womöglich zurück in Länder, in denen er bereits Obdachlosigkeit und Gewalt erfahren hat, ersparen wollen.

In seiner Botschaft zum Weltflüchtlingstag hat Papst Franziskus gefordert, auf die Globalisierung der Migration

mit der Globalisierung der Nächstenliebe zu antworten und deutlich gemacht, dass die Zeiten der nationalstaatlichen Abschottung vorbei sind: „Mit der Solidarität gegenüber Migrantinnen und Flüchtlingen müssen der Mut und die Kreativität verbunden werden, die wir brauchen, um weltweit eine gerechtere und angemessenere Wirtschafts- und Finanzordnung zu entwickeln.“ Die Politik des Misstrauens, die sich so deutlich in der Asylpolitik durchsetzt, ist tödlich für viele Menschen, die Europa beim Wort genommen und auf die Versprechen von Menschenrechten und Frieden vertraut haben. Eine solche Politik schadet allen – auch ökonomisch

ist es unsinnig, den anderen mit seinen Gaben als Belastung statt als Bereicherung zu betrachten. Umso ermutigender ist es, dass so viele Willkommensinitiativen und Gemeinden sich dem Misstrauen und der Abschottung entgegenstellen, dass sie mit der Bereitschaft zur herzlichen Aufnahme und mit Nächstenliebe auf Flüchtlinge zugehen. Es wäre zum Besten aller, wenn wir bald die Solidarität, den Mut und die Kreativität aufbringen, unsere Gesetze an dem auszurichten, was Europa in seinen eigenen Worten sein wollte: Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – für alle, die sich ihm anvertrauen.